

Volksmacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“.

Bezugspreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 8 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Blücherstraße 4/6, durch Buchhandlung der „Volksmacht“, Neue Graupenstraße 5, Matthisstraße 100, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rml. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rml. monatlich 1,76 Rml. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rml. Durch die Post einjähr. Zustellungsgebühren 2,40 Rml.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21237, Redaktion 21238
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Verbands- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormitags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Blücherstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Gegen die Volksverderber der „Nationalen Opposition“

Große Abrechnung im Reichstag mit Deutschnationalen und Nationalsozialisten durch die SPD. — Der Reichsfinanzminister weist den Landesverrat Schachts nach

Berlin, 14. Oktober.

Auf der Tagesordnung des Reichstags steht die Berechnung der Regierungserklärung. Die Deutschnationalen und Nationalsozialisten sind nicht im Saale.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.):

Die Zeit, in der der Reichstag nicht verhandelt hat, war eine Zeit mannigfachen Erlebens in der Gesamtpolitik. Ereignisse ernstester Natur haben sich gehäuft. Daß das deutsche Volk in seine tiefsten Tiefen erschüttert und aufgeregt ist, braucht nicht mehr ausgeführt zu werden. Wir haben das Auf und Ab des Schicksals der deutsch-österreichischen Zollunion erlebt. In den Augen der Welt ist Curtius in die Wüste geschickt worden, aber für Beginn wie Ende dieser Aktion hat das gesamte Kabinett die Verantwortung getragen. Wichtigere waren die wirtschaftlichen Vorgänge, beginnend mit den Devisenabzügen und der Kapitalflucht guter Patrioten aus Deutschland. Ein Land in der Lage seiner inneren Entwicklung Vertrauen setzte. Da hält Herr Schacht seine zerstörenden Reden in Harzburg. In den letzten Monaten wurde ferner der Beweis erbracht, daß

die Krise eine Weltkrise

und daß sie mit Weltmitteln gelöst werden muß. Warum bekreuzt niemand, daß in Deutschland schwere Fehler gemacht worden sind. Aber ein Blick auf die übrigen Staaten genügt, um die Behauptung zurückzuweisen, das deutsche Unglück rühre aus einem verkehrten System her. Es ist nicht die Republik, nicht die Demokratie und wahrhaftig nicht der Marxismus gewesen, der in die Krise geführt hat. Niemand wird den vereinigten Staaten nachsagen, daß sie unter marxistischen Einflüssen lüden; und die Krise ist dort größer und schwerer als bei uns. Es ist auch nicht allein die Notwendigkeit, Reparationen zu zahlen, die Not und Elend heraufbeschworen hat. Sicherlich ist sich alle Welt darüber klar, daß die Reparationen internationale Fehlleitung des Kapitals bedeutet haben, die Wirtschaft und Finanzen, auch in anderen Staaten ungünstig beeinflussen mußte. Alles muß geschehen, um diesen Reparationszahlungen ein Ende zu bereiten. Wenn aber der Antrag gestellt wird, hier zu beschließen, die Rückzahlungen sofort einzustellen, so erklären wir: Alle Beschlüsse hier im Reichstag würden nicht den gewünschten Erfolg haben! Worauf es ankommt, ist, durch unsere Politik, unser Verhalten und Verhandeln andere zu überzeugen, daß diese Zahlungen für uns unerträglich und für sie eine Gefahr sind! Es ist sich herausgestellt, daß die Ueberzeugung allgemein ist, daß die Verständigung dringend notwendig ist. Ich überschätze nicht die Bedeutung der Ministerbesuche und der Kommissionen. Ich fürchte nur, daß dieser Apparat zu langsam arbeitet.

Wir haben ferner erlebt den erschütternden Zusammenbruch von Banken und Großkonzernen. Wir haben daraus besseres Verständnis für die Behauptung von den immensen Fähigkeiten unserer sogenannten Wirtschaftsführer gelernt. Niemand hat mehr verlangt, daß nach unserer Ueberzeugung ist

dieser Zusammenbruch ein Beweis für das Verlagen des Prinzipalcapitalismus.

Das steht hinter der Krise und der Weltkrise und allen Erscheinungen der letzten Wochen und Monate. Vor allem haben wir in dieser Zeit festgestellt das Wachsen der Not im deutschen Volke, besonders in der Arbeiterklasse, die ungeheure Erwerbslosigkeit, die nicht damit abgetan ist, daß man auf die Ziffern hinweist.

Es ist notwendig, darauf hinzuweisen, daß unter den Millionen Erwerbslosen zahlreiche sind, die seit Jahr und Tag außer Arbeit stehen.

Nicht nur wirtschaftlich ruiniert, sondern auch demoralisiert. Das erste Kabinett Brüning hat der Not durch Notverordnungen zu begegnen versucht. Daß uns dies System zuwider läuft — (stürmische Unterbrechungen bei den Komm.) Sie (zu den Komm.) haben kein Recht, sich zu beklagen. Im Prinzip ist dies ja Ihr Prinzip! (Ländelklatschen bei den Komm.) Wir sind stets für Parlamentaris aus und Demokratie angetreten. Erste Voraussetzung dazu ist, daß das Parlament selber befehlt. Dies Selbstbehagen des Parlaments durch die Parteien ist leider bei uns nicht mehr der Fall. Wir haben links und rechts große Parteien, die das Parlament nicht wollen und die Diktatur auf ihre Fahnen geschrieben haben. So ist die politische Not, die zu den Notverordnungen geführt hat, nicht geringere Bedenken haben wir gegen den Inhalt zahlreicher Notverordnungen. Dies Sanktion einzelner Bürokraten in den Ministerien Gegenheit gegeben, gewisse Lieblingsideen einzuführen, für die keine Mehrheit im Parlament ist. Das wesentliche, was wir an ihnen auszusagen haben, ist der Umstand, daß die bisherigen Notverordnungen die Lasten, die aus der wirtschaftlichen und sozialen Not erwachsen, so einseitig auf die Schultern des arbeitenden Volks gelegt haben. Ich sollte noch reden von einem gewissen Polizeigeist in manchen dieser Notverordnungen. Diese Notverordnungen verlangen es sich, gewisse psychologische Forderungen zu erfüllen. Ich denke dabei an die Fürstenabfindung, an dies jaghafte Verhalten gegen die hohen Gehalts- und Pensions-

empfänger. Wenn Herr Brüning über diesen Winter hinwegkommen will, muß er aus diesen Halbheiten und Schwachheiten herauskommen.

Wenn wir die Grundidee dieser Notverordnungen zu erfassen suchen, so ist es die, durch Selbstkostenlenkung eine Erneuerung der Produktion herbeizuführen. Ob die Idee überhaupt richtig ist, muß bestritten werden. Zweifellos aber ist, daß sie nur höchst einseitig durchgeführt wurde. Lohnsenkung, Verminderung der Kaufkraft in einem Moment, wo der innere Markt nach den Worten der Regierung wichtiger ist als der äußere Markt! Aber keine Senkung der Preise, verhindert in erster Linie durch die Kartelle und die agrarische Hochschulgollpolitik. Wenn wir feststellen, daß

die Bergindustrie von jeder geförderten Tonne Kohle 50 Pfennige für politische Zwecke ausgibt,

daß diese 50 Pfennige nicht von der Bergindustrie, sondern von den Verbrauchern getragen werden, die damit einen Beitrag an die Kasse der Deutschnationalen und Nationalsozialisten zahlen, dann wird klar, warum die Kartellmagnaten sich gegen staatliches Eingreifen in ihre Preisgestaltung wehren.

Es sind beschiedene Ansätze gemacht worden, um die staatliche Kontrolle zu verstärken. Bankenkontrolle und Aktienrechtsreform sind beschiedene Ansätze, die aber sofort die wilde Opposition hervorgerufen haben. Wenn den Herren verboten wird, in mehr als 20 Aufsichtsräten zu sitzen, so ist das ein Angriff auf ihre heiligsten Güter. Wir haben das Kabinett nicht geduldet, weil wir glaubten, daß Brüning und seine Regierung die Leute seien, die im sozialistischen Sinne gegen die Not kämpfen könnten.

Wir haben es geduldet, weil wir die Staatsform, in der wir leben, schützen wollten, schützen wollten gegen die Angriffe der Faschisten

(Lärm bei den Kommunisten.) Wir wünschten nicht, daß die faschistischen diktatorischen Angriffe gegen Republik und Demokratie zum Siege führen. Wie haben jede nationalsozialistische Beteiligung an der Regierung für jede außenpolitische Verständigung für verhängnisvoll angesehen. Wir haben gewußt, daß dies eine Politik sei,

die uns und der Arbeiterklasse Opfer zumutet. Wir haben auch damit gerechnet, daß an der Peripherie unserer Partei sich Abspaltungen zeigen würden. Wir haben es trotzdem getan,

weil es uns nicht geht um augenblickliche Propagandaerfolge, sondern um die Zukunft der Arbeiterklasse.

(Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Soz.)

Die Struktur der Opposition von rechts hat sich in der letzten Zeit geändert. Mehr und mehr haben die Nationalsozialisten, die bekanntlich ausgaben als Vorkämpfer eines neuen „Sozialismus“, sich der Deutschnationalen Partei zugewandt, von der Sie doch niemals jagen wollen, Herr Graf Reventlow, daß sie auch nur einen einzigen Funken von Sozialismus in sich habe. Die sogenannte nationale Opposition hat sich zusammengeschlossen und den Zusammenschluß in Harzburg feierlich begangen. Sie besteht aus Nationalsozialisten, den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, die sich mit der zögernden Schamhaftigkeit eines alternden Mädchens angegeschlossen hat.

Der angebliche Sozialismus der Hitler-Leute hat den Zusammenschluß mit den Vertretern des Großkapitals nicht gehindert. Der Sinn der „nationalen Opposition“ ist der Kampf gegen die Parteien, von denen Sie befürchtet, daß sie die Alleinherrschaft des Kapitalismus nicht länger ertragen wollen.

Die Ablehnung jeder staatlichen Kontrolle des Kapitalismus durch die nationale Opposition geistelt sich zu der Ablehnung der Arbeiterforderungen, zum Kampf gegen Sozialpolitik, gegen Arbeitslosenversicherung, gegen Tarifrecht, gegen Schlichtungswesen und für Inflation.

Oh Sie (nach rechts) nun Schuldenverminderung, Feder-Geld, Binnengeld, Zinsherabsetzung, der Goldpfandbriefe fordern, immer ist es Inflation, die vom Großgrundbesitz der Großindustrie betrieben wird, und die das Elend der Später und Kleinrentner ins Ungemeinere steigern würde. Sie haben kein Wirtschaftsprogramm. Sie stellen die Massen und die Deutschnationalen geben Ihnen dafür die Gelder. Der „Banerische Courier“ hat festgestellt, hat festgestellt,

(Schluß nächste Seite)

Das Hilfsprogramm der Sozialdemokratie

Weitere Fürstenenteignung, Kürzung der hohen Pensionen, Herabsetzung der Generaldirektorengelöhner verlangt — Gegen Abbau des Tarifrechts für Senkung der Preise — Heranziehung der Besitzenden zur Sicherung des Wohnungsbaues

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in einer großen Anzahl von Anträgen und Gesetzentwürfen ihre programmatischen Forderungen zur künftigen Gestaltung der Reichspolitik niedergelegt. Im folgenden wird eine gedrängte Uebersicht über diese Anträge gegeben, die zum Teil gleichzeitig Abänderungsanträge zur neuesten Notverordnung darstellen.

An der Spitze stehen die Anträge, die eine gleichmäßige Verteilung der Lasten aus der Wirtschaftskrise bezwecken. Die einen sollen nicht prassen, wenn die andern hungern.

Deshalb fordert die Sozialdemokratische Revision der Fürstenenteignung, verschärfte Pensionstürzung und verschärften Zwang zur Herabsetzung der hohen Einkommen in der Privatwirtschaft. Der

Antrag über die Fürstenenteignung

hat folgenden Wortlaut:

- „1. Die Länderregierungen werden ermächtigt, alle Leistungen aus Verträgen oder Urteilen an ehemalige Fürsten und Mitglieder der standesherrlichen Familien mit sofortiger Wirkung einzustellen.“
2. Die Länderregierungen werden ermächtigt, die auf Grund von Urteilen oder Verträgen zustandekommenen Auseinandersetzungen mit ehemaligen Fürstenthümern oder standesherrlichen Familien unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Notlage der Länder und weitester Volkskreise neu zu regeln.“
3. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.“

Der **Antrag zur Pensionstürzung** bringt eine wirksame Verschärfung der völlig unzureichenden Vorschriften der Notverordnung. Er sieht vor:

1. Kürzung sämtlicher Pensionen auf 12 000 Mark.
2. Ueberschneidung jedes sonstigen Einkommens von mehr als 4000 Mark auf die Pension, wobei die Pension um 50% des überschneidenden Betrages gekürzt wird. Damit werden die Doppelverdiener unter den Großpensionären empfindlich getroffen, während gleichzeitig die kleinen Pensionen gesichert bleiben.

Die neue Notverordnung hat den Forderungen der Sozialdemokratie bereits insoweit Rechnung getragen, als sie auch Bestimmungen über die Herabsetzung der hohen Einkommen in der Privatwirtschaft enthält. Aber diese Bestimmungen sind unzureichend. Um ihre Anwendung allgemein zu erzwingen, fordert die Sozialdemokratie:

1. Alle hohen Gehälter und Pensionen in der Privatwirtschaft über 12 000 Mark werden um 20 bis 50% gekürzt;
 2. führt ein Unternehmen diese Kürzung nicht oder nur unvollständig durch, so muß es den Unterschiedsbetrag in der Form einer Sondersteuer an das Reich abführen.
- Von ebenso großer Wichtigkeit sind die sozialdemokratischen Anträge zur Sozialpolitik. Sie bezwecken, den Arbeitslosen ihre Unterstufungen, den in Arbeit stehenden ihre Löhne in vollem Umfange zu erhalten. Dem Lebensinteresse der Erwerbslosen dient der

Antrag über die Winterhilfe.

In der Notverordnung hat die Regierung die Bestimmung getroffen, daß die Arbeitslosenunterstützung bis zu einem Drittel nicht in bar, sondern in Naturalien gewährt werden kann. Die Sozialdemokratie ist entschiedener Gegner dieser Vorrichtung; sie verlangt die Naturalunterstützung nicht an Stelle, sondern neben der Geldunterstützung. Ihr Antrag fordert die Reichsregierung auf, zum Schutze der notleidenden Bevölkerung gegen Hunger und Kälte eine Winterhilfe nach folgenden Gesichtspunkten durchzuführen:

STADTHEATER
 Donnerstag, 20 bis 22 Uhr
 in Krähelchen'schen Theater
 (K. 0.60 bis 9.27. 5.90)
Don Giovanni
 Freitag, 20 bis 22
 Bonn-Wort, C 3
Sibello
 Sonnabend, 20 bis 22.45
 Bonn-Wort, C 4
Soffmanns Erzählungen

LORETHEATER
 Donnerstag, Freitag
 20.15 bis 22.45
Elisabeth von England
 Sonnabend, 20.15 (und
 Sonntag) Uraufführung
Leutnant Komma
 Satirisches Spiel
 von Frank Raar

THALATHEATER
 Täglich 20.15 bis 22.15
Rina

Schauspielhaus
 Spielplan 9782
 Deutsches Theater, Mündchen
 Täglich 8 1/2 Uhr
Breslaus Sensation
Im weißen Röhl
 Die Darsteller des Weißen
 Röhl's tragen die bekannte
 SS-Kleidung, SS-Kettenläden,
 Schwedischer Straße 9
 Bonnerhofhaus, d. a. m. b.
 Tel. 36300 und 33580

AKAZAR
 Tanzpalast / Variété
 Zirkus-Revue
Breslaus Nachtleben!
WACHBÜHNE
 (früher Broadway)
Bierkabarett u. Tanz
 Teil des großen Lustprogramm
 Publikums-Fanz

Kolos-Läufer ca. 70 br.,
 Meter 1.50
 G. Friedländer, Sonnenstr. 30

Arbeitsbojen
 Lach und Reil durch Selbst-
 anfertigung tonfugenlos
 von 4.50 bis 16 Mk.
 Burgstraße 7, Krywalski.

Muktion 3892
 Verlängerung bis 16. Okt.
Leihhaus O. Hickmann
 Matthiasstr. 113

Achtung!
Trebnitzer Rohfleischerlei
Markthalle 1 und 2
 empfiehlt diese Woche
 prinz junges Fleisch u. alle
 Sorten frische Würstwaren,
 Knoblauchwurst und Gehacktes
 à 90, 0.35, 3 90, 1.00 90.
 Paul Martin, 3818

Möbelrippe, 130 cm breit,
 schöne Muster, Meter 78 Pf.
 enorm billig!
 Friedländer, Sonnenstraße 30.

Druckerei
Volkswacht
BRESLAU 2
 Florstraße 4/6
 übernimmt die An-
 fertigung sämtlicher
 Druck-Arbeiten für
 Industrie, Handel, Ver-
 eine u. Gewerkschaften
 in ein- u. mehrfarbiger
 Ausführung bei preis-
 werter Berechnung u.
 schnellster Lieferung.
Spezialität:
Massenaufträge
 (Rotationsdruck)



Unser Schlager!

Lack
 mit netter Garnitur

Unsere 10 billigen Volkstage

von Freitag, den 16. bis Dienstag, den 27. Oktober, tragen
 der jetzigen Wirtschaftslage weitgehend Rechnung.
 Es sind Notstandspreise, die jedem die Anschaffung ermöglichen.

- | | | | |
|---|-------------|--|-------------|
| Damen Spangenschuhe
braun Roß-Chevr. mit amerikanischem Absatz | 3 65 | Herren-Halbschuhe
braun Rindbox und Lack | 5 65 |
| Damen Spangenschuhe
blond Roß-Chevreux mit braun kombin. amerik. Absatz | 3 85 | Herren-Agraffenstiefel
schwarz Rindbox, in guter Qualität und Ausführung | 7 85 |
| Dam.-Lackspangenschuhe
mit Stahl-Lack, Verzierung besonders fesch | 5 85 | Kinder-Spangenschuhe
schwarz, braun, mode kombiniert Roß-Chevr., Größe 31 35 3.85 , 27 30 | 3 45 |
| Für ältere Damen
schwarz und braun Rindbox und Lackspangen i. bequ. Form m. niedr. Abs. | 6 65 | Kräftiger Schulschuh
schwarz Rindbox, strapazierfähig, Größe 31/35 Mk. 3.35 , Größe 27/30 | 4 75 |
| Lack-Gummi-Boots
in schwarz und braun, für flache und halbhohle Absätze | 5 85 | Damenstrümpfe
echt ägypt. Mako, besonders haltbar, in vielen dunklen Modifarben ... | 85 |
| Herren-Halbschuhe
schwarz Rindbox | 5 45 | Herrensocken
bunt gemustert, Baumwolle, neue Dessins | 48 |

Klausner Schuh-Elage

Ring 22 gegenüber dem Schweid. Keller 1.-3. Stock Fabrtahl

Zahlungs-Erleichterung durch Kunden-Kredit-G.m.b.H., Gartenstr. 67

SOLITAIRE das beste Schuhpflege-Mittel

Gesellschaftshaus Silesia, Heodorstr. 54
 Heute **Ball halb und halb**
 Donnerstag

Bettfedern
Damen • Inletts
 bewährte, gute Qualitäten
 Größte Auswahl / billigste Preise
 Spezialgeschäft
Bettfedernhaus Liebich
Nur Neue Taschenstr. 1b
 (Schrägüber vom Alkazar)
 Bettfedern-Reinigung das Pfund 30 Pfennig

In aufblühender Vorstadt-Siedlung sind
Laden- und Wertstoffräume
 zur Einrichtung einer Fleischerlei zum baldigen
 Besuche zu vermieten.
 Gefl. Anfragen unter A. 3922 an die Ge-
 schäftsstelle dieser Zeitung, Florstraße 4.

Lebensbilder
 erzählt von Willy Cohn
Friedrich Engels
 Mit 1 Bild. 92 Pfennig.
 Buchhandlungen Volkswacht.

In der Reihe
„Die geistige Struktur der politischen Parteien Europas“
 erschien

Sozialdemokratie

von Prof. Dr. S. MARCK
 Inhalt: RM. **1.80**

1. Marxistische Grundlage / 2. Die Entwicklung der sozialdemokratischen Ideologie in der Geschichte der Parteiprogramme / 3. Daten aus der Parteigeschichte / 4. Der Richtungskampf in der deutschen Sozialdemokratie / 5. Die Periode des Kabinetts H. Müller / 6. Die Abwehr des Faschismus und der Kampf um die Tolerierungspolitik / 7. Die Beurteilung der Weltwirtschaftskrise als Grundlage der politischen Entscheidung / 8. Die Fortbildung der eigenen Ideologie in der Auseinandersetzung mit gegnerischen Ideenkreisen.

Volkswacht-Buchhandlungen Breslau
 Neue Graupenstr. 5 Florstraße 4

Morgen: Billige Gelegenheitsposten Kleider-Stoffe

- so weit vorrätig!
- Größere Fabrikpouons glattfarb. **85**
 - Waschsamte** für Kleider, Morgenröcke usw. Mtr.
 - Karierre 80 cm breite **68**
 - Kleiderstoffe** schöne, dunkelgründige Must., Mtr.
 - Ganz gute, ca. 80 cm breite **58**
 - Morgenrockveloure** schöne lebhafte Blumenmust. Mtr.
 - 80 cm breite extra schwere **78**
 - Frauenkleid.-Velour.** ps.samtart dunkelgrundg. Qual. Mtr.
 - Gewebe **75**
 - Hauskleider-Stoffe** in Karos u. Streifen Meter 1,25, 95
 - Kupons und Reststücke gute und beste reinwollene g. anfarbige **95**
 - Kleiderstoffe** hauptsächl. pa. Krepp Kald und Natté auch zum Umfärben bestens geeignet . . . Meter 1,35
 - Nur in wenigen, aber sehr schön, hellgründig, gestreiften Mustern **48**
 - Pyjama-Flanelle** feinfädige gute Ware. . . Meter
 - Große Fabrikposten besonders schöner, mehrfarb. bedruckter **1 45**
 - Rippen - Waschsamt** schwere Zwirnqual., durchweg Meter
 - Zirka 130 cm breite, reinwollene, schwere **2 75**
 - Kleiderrippe** in den besten arben . . . Meter
 - Blaue- und schwarzgründig bedruckte **68**
 - Kleider- und Schürzen-Satins** teilw. m. k. ein. Druckfehlern, Meter
 - 112 cm breite prima **95**
 - Schweizer Vollvoile** Meter
 - 1 kleines Quantum ganz hochwertige 140 cm breite reinwollene **4 90**
 - Velour-Mantelstoffe** hauptsächl. marinebl. grün u. braun. Mtr.
 - 130 cm breites, kunstseidenes **2 95**
 - Steppfutter** nur milne und grau . . . Meter
 - 140 cm breiter **1 25**
 - kunstseidener Serge** mit kleinen Schönheitsfehlern Met.
 - 80 cm breiter, kunstseidener **1 15**
 - Kleider-Taffet** viele gute Farben, auch für Tanzkleider u. Handarb. geeignet Meter
 - Zirka 10 cm breite, reinseidene **1 95**
 - Crêpe de Chine** in vie en Farben . . . Meter
 - Glattfarbig e **58**
 - Besatzsatins** i. gut. glanzreich. Qual. allerichtig. Farb. Meter
 - Ganz schwerer, re-wollener, marineblau u. schwarzer, 140 cm breiter **2 85**
 - Mantel-Ottomane** wundervolle feine, mittel- u. stärkere Rippgewebe, teilweise mit ganz unwesentl. schönheitsfehlern . . . Meter



Wohnungen
 Gefucht wird per sofort geräumiges möbliertes Zimmer mit 2 Betten für Ehepaar 63-1 Lage Nähe Hauptbahnhof bis Margaretenstraße. Preisangebote unt. B. 103 a. d. Volkswacht Florstraße 4.

Verkäufe
Kinderwagen verkaufe aus deshalb billig Knott, Florstr.

BITTE
 bei allen Eintritten stets die Inserat unserer Zeitung berücksichtigen

Brückner warnt vor „Zerfetzung“

„Wirkungen der Harzburger Tagung — „Maulwürfe“ werden gesucht — warum werden die Reichsbahn-Panzerzüge unter Dampf gehalten?“

In der nazistischen „Schleischen Tageszeitung“ von heute findet sich folgende bemerkenswerte Rundmachung der schleischen Oberbezogen der NSDAP:

Wie immer bei wichtigen Entscheidungen treten auch jetzt die Elemente auf, die versuchen, durch unkontrollierbare Verwirrung in unsere Reihen zu tragen. So wird jetzt wieder Adolf Hitler habe sich dem Großkapital verbunden (!) und ähnliches dummes Zeug. Hier in Schleisen außerdem an die uns bekannte Tatsache, daß die Panzerzüge der Reichsbahn unter Dampf stehen, die ungläublichsten Behauptungen getrieben. Auch betreffs der Braunschweig-Fahrt in Katrinenparolen ausgegeben.

Alle Fälle von Verwirren, mit derartigen Gerüchten Unruhe in Anhängerschaft zu bringen, sind sofort mit Namen usw. an zuständige politische Leitung bzw. an die nächsten SA-Leute zu melden (in Breslau: Stabsleiter Hann, Braunes, Reudorfstr. 41, Telefon: 395 00.) Die Namen dieser Maulwürfe sind sofort festzustellen. Es, auch wenn sie bekannt sind, mit härtestem Militarismus zu betrachten und zurechtzuweisen. Die SA-Führung sind genauestens über die Verhältnisse informiert und werden durch die offiziellen Dienststellen an die Mitglieder und SA-Leute herantreten, wenn sie es nötig halten.

Es wäre traurig, wenn wir nicht die Disziplin beibehalten, die uns in der Vergangenheit bezahlter Spitzel im Reime zu erlösen hat.

Heil Hitler!

Stabsleiter Schleisen
Helmuth Brückner, M. d. R.
Stabsleiter Schleisen

Die „dunklen Elemente“ die da „dummes Zeug“ erzählen, vermutlich unter den Nazileuten zu suchen, die ehemals in

der naiven Annahme waren, daß Nationalsozialismus etwas mit Sozialismus und die N. S. Arbeiterpartei etwas mit Arbeitern zu tun, ihre Interessen zu vertreten die Absicht habe. Nach Harzburg wird da nun allerdings manchem ein Teil über die politische und geistige Verfassung dieser famosen „Arbeiter“partei aufgegangen sein. Die wunderbare Zusammenstellung von Großkapital, Höhenpollenprinzen und Großgrundbesitz in Harzburg bedarf ja wahrlich keiner weiteren Auslegung durch „dunkle Elemente“. Sie spricht für sich selbst und bekräftigt nur das, was die organisierte Arbeiterklasse schon von jeher festgestellt hat: das Interesse der Arbeiterklasse kann nur von ihr selbst, in ihren selbstgeschaffenen Organisationen vertreten werden. Die Maulwürfe, die Oberpriester Brückner einzuleiten sucht, wird an diesen Erscheinungen wenig ändern, wenngleich es vorläufig immer noch genug begrenztes Denkvermögen in den proletarisierten Mittelschichten des deutschen Volkes gibt, um diesen Propheten ein gewisses Gehör zu sichern.

Sicherlich abwegig ist, übrigens die Annahme der beiden Oberbezogen hinsichtlich der Reichsbahn-Panzerzüge, die ganz bestimmt nicht gegen die Nazi unter Dampf gehalten werden. Dafür garantiert das psychologisch ausgezeichnete durchgebildete Rekrutierungssystem des Bahnbüros im Direktionsbezirk Breslau, das alle „national unzuverlässigen“ Elemente ausschaltet. Eben deshalb erscheint es auch uns, wenngleich unter anderen Gesichtspunkten wie Herrn Brückner wünschenswert, daß die Reichsbahndirektion hierüber Aufklärung gibt.

trife und verurteilt das gegenwärtige Steuerwesen. Das die Arbeitsverhältnisse ruiniert. Weiter wird an die Allgemeinheit appelliert, den Arbeitslosen zu helfen. Selbstverständlich wird dem Kardinal Plönb der Dank für sein Hirten Schreiben ausgesprochen, das sich der Arbeitslosen angenommen habe. Der Kongress erklärt sich weiter für die Beibehaltung aller Sozialgesetze und stellt fest, daß die Arbeiter auf die bisherigen Löhne nicht verzichten können.

In den Hauptparteitag wurde Korjantys als erster und Chacinski als zweiter Vorsitzender gewählt. Selbstverständlich wurden an den Papst und alle polnischen Kardinal Huldigungs-telegramme geschickt.

Keine Hilfe für Benzeslaus aber für die Bergarbeiter

Der Sozialdemokratische Pressedienst meldet aus Berlin: Die Hilfe für die arbeitslos gewordenen Bergarbeiter der Benzeslausgrube sind bei der preussischen Regierung nicht ungehört verhallt. Für die 2000 brotlos gewordenen Bergarbeiter wird Hilfe geschaffen werden. Man plant die Ueberführung der Bergarbeiterfamilien in Siedlerstellen. Die Mittel dafür sollen zum Teil aus der Osthilfe genommen werden.

Die Durchführung der Siedlung kann natürlich nicht auf einen Schlag vor sich gehen. Man will daher einen Teil der Bergarbeiter bei Notstandsarbeiten beschäftigen. 600 Arbeiter sind bereits in Arbeit beim Bau einer großen Wasserleitung und bei Straßenbauten. An eine Aufrechterhaltung der Grube ist nach Auffassung des preussischen Handelsministeriums nicht zu denken, da die Rentabilität fehlt und eine Steigerung des Kohlenabfahes nicht zu erwarten ist.

Hirschberger Mörder war in Berlin

Der nach der Ermordung seiner Geliebten, der Frau Stoffe, und ihres einhalbjährigen Kindes schuldig gewordene Berliner Mörder ist, wie aus Berlin berichtet wird, nach der Tat nach Berlin gereist und hat dort seine in einer Wohnlaube wohnende Frau zu einer Zeit besucht, als die Mordtat noch nicht bekannt war. Ehe er von der Berliner Kriminalpolizei verhaftet werden konnte, war er wieder verschwunden und konnte noch nicht ergriffen werden.

Eine „energische“ Schwester

Die Geschwister Albinus in Hindenburg gerieten am Montag in Zwistigkeiten, die schließlich einen blutigen Ausgang nahmen. Der 21 Jahre alte Paul Albinus wurde im Verlauf der Auseinandersetzungen von seiner 18 Jahre alten Schwester mit einem Messer in die linke Brustseite gestochen. Arbeiterkameraden legten dem Verletzten einen Notverband an und brachten ihn nach dem städtischen Krankenhaus. Lebensgefahr besteht für ihn nicht. Die Schwester wurde in Haft genommen.

Grün-Harthau, Kreis Nimptsch. Gefährliches Kinderspielerei. Die siebenjährige Schülerin Dirm da Kletterte unbemerkt in der Nähe der Feldscheune auf einen mit Rübennblättern beladenen Feldbahnwagen und stürzte ab. Die nachfolgenden Wagen gingen über sie hinweg und verletzten sie so schwer, daß sie in einem Breslauer Krankenhaus, in das sie geschafft wurde, am Tage nach der Einlieferung starb.

Diegauer Student im Karwendelgebirge verunglückt. Im Solsteingebiet in Tirol war am Sonntag von Gebirgswanderern das Gelekt eines Verunglückten gefunden worden. Wie festgestellt werden konnte, handelt es sich um die Ueberreste eines Studenten der Philosophie, Wolf, aus Diegau. Wolf wurde seit einer Gebirgssteige, die er im Juli 1930 (!) unternommen hatte, vermißt.

Diegauer Billiger Ehebruch. Ein hiesiger Einwohner hatte sich, nachdem er bereits wegen Verschuldens seiner Frau die Ehecheidung eingeleitet hatte, mit seiner Haushälterin des Ehebruchs schuldig gemacht. Da die geschiedene Frau Straftrag (der Ehebruch ist bekanntlich nach erfolgter Scheidung auf Antrag strafbar) gestellt hatte, wurden beide angeklagt. Das Amtsgericht verurteilte sie zu nur je drei Mark Geldstrafe. Die gegen dieses Urteil von den Angeklagten eingelegte Berufung mußte natürlich verworfen werden, da schon das Amtsgericht die niedrigste überhaupt mögliche Strafe verhängt hatte.

Langenbielau. Bürgerlicher Mißtrauensantrag gegen sozialdemokratischen Stadtverordneten vorsteher. Die aus zehn Mann bestehende „Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft“, deren Führer der deutsche Baumwollkönig Dr. Wolfgang Dierig ist, hat im hiesigen Stadtparlament einen Mißtrauensantrag gegen den vorbildlich arbeitenden sozialdemokratischen Stadtverordnetenvorsitzer Johannes Ralich eingebracht. Der Grund zu diesem Schritte ist offenbar die Angst vor den Fortschritten der sozialdemokratischen Propaganda im Guben-gebirge.

Hirschberg. Vom Schlachtfeld der Arbeit. Auf dem hiesigen Bahnhof wurde der Eisenbahnproffikant Brier von einer Lokomotive überfahren und lebensgefährlich verletzt.

Freitod auf der Anflagebank

Ein Unschuldiger verurteilt?

Am Dienstag erschien sich vor dem Hirschberger Schöffengericht der Lehrer Nagel aus Wittgendorf, Kreis Landeshut, der wegen angeblichen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an seinen Schülfern, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war. Nagel hatte jede Schuld bestritten.

Der „Bote aus dem Riesengebirge“ berichtet im Innern über diesen Vorfall: Der 55 Jahre alte Lehrer Nagel, verheiratet und Vater von 5 Kindern war, war schon viele Jahre in Wittgendorf im Amte und erzeute sich allgemeinen Ruhms. Bereits vor längerer Zeit tauchten aber dann Gerüchte auf Nagel an seinen Schülern „unzüchtige Handlungen“ vorgenommen habe. Nach sehr langer Untersuchung wurde nun vor ihm vor dem Hirschberger Schöffengericht verhandelt. Zu Verhandlung waren 30 Zeugen, zumeist Schülern, erschienen. Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses wurde Öffentlichkeit ausgeschlossen. Die Verhandlung dauerte von 8 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends, also 10 Stunden und endete

mit der Verurteilung des Angeklagten wegen 6 vollendeten und eines versuchten Sittlichkeitsverbrechens zu einem Jahr Gefängnis.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Herzog, unter anderem aus, daß der Gerichtshof die Aussagen der Kinder sehr eingehend geprüft und sehr vorsichtig beurteilt habe. Das Gericht habe aber den Aussagen der Kinder doch Glauben schenken müssen. Die Kinder hätten dreimal, vor dem Schlichter, vor dem Amtsgericht in Landeshut und endlich heute vor dem Schöffengericht übereinstimmend die gleichen Angaben gemacht. Aus diesen Aussagen ergebe sich das Bild eines willensschwachen und in gewisser Beziehung haltlosen Lehrers. Mit Rücksicht auf die unglückselige Neigung und eine gewisse Willensschwäche des Angeklagten habe der Gerichtshof auf eine verhältnismäßig milde Strafe erkannt.

Raum hatte der Vorsitzende die Urteilsbegründung beendet, als Lehrer Nagel auch schon blühnd einen Revolver aus der Tasche zog und sich in die Schläfe schob; blutend sank er zusammen. Im Gerichtssaale entstand eine fürchterliche Aufregung. Von den Zeugenbänken, auf denen wohl Freunde des Verurteilten saßen, wurden auch Jurore gegen das Urteil laut. Nagel wurde sofort ins Krankenhaus gebracht, ist dort aber alsbald gestorben.

Parteitag der christlichen Demokraten Polens

Organisch Chaderja-Vorsitzender für ganz Polen — Huldigungen für Papst, die Kardinal, die Arbeitslosen und die Sozialgesetze

Die Partei der „Christlichen Demokratie“ in Polen hat am Montag in Kattowitz unter Leitung des Senators Kobylski ihren Jahreskongress abgehalten. Am stärksten ist die Partei unter der Führung Korjantys in der schleischen Provinz. Sie zählt 15 Sejmabgeordnete im Warschauer Reichstag und vier Senatoren. Im schleischen Sejm hat die „Chadecja“ 15 Sejmabgeordnete, zuzüglich vier Sejmabgeordnete N. S. P. (Nationale Arbeiterpartei), die ebenfalls im Reichstag sitzen. Die Chadecja war früher viel stärker, aber großer Teil schwenkte vor Jahren zur Sonacja über. Nach Entlassung Korjantys aus Breslau-Litowsk, sind nur noch wenige zurückgeblieben. Um neu aufzubauen, wurde die Korjantysgruppe, die 1927 aus der Gesamtpartei ausgeschlossen wurde, wieder aufgenommen und Korjantys zum Vorsitzenden der Gesamtpartei gewählt. In den letzten Monaten wurden

in allen Landesteilen Bezirkskonferenzen abgehalten, außerdem Versuche unternommen, die N. S. P. mit der Chadecja zu fusionieren. Bis jetzt ist es jedoch nur bei Versuchen geblieben.

Die Tagung am Sonntag wurde durch eine Rede Korjantys eingeleitet. Nach dem Organisationsbericht wurde ein Beschluß gefaßt, ein Parteiblatt herauszugeben, das zweimal im Monat erscheinen wird. Ferner wurde nach dem politischen Referat Korjantys eine Programm-Deklaration beschlossen, die auf die Großmachstellung Polens unter Wahrung aller Rechte der katholischen Kirche zugeschnitten ist und in einer weiteren Entschlieung wurde die Sejmklubpolitik gebilligt. Die Sejmabgeordneten werden aufgefordert, gegen das Budget der gegenwärtigen Regierung zu stimmen, weil die Partei kein Vertrauen zu dem System habe und seine Liquidierung anstrebe.

Eine besondere Entschlieung befaßt sich mit der Wirtschafts-

Jetzt wieder

Lanella

GARANTIE-MARGARINE

R.M. 50.000 IN BAR und 40.000 SACHPREISE

Glückstüten

★GRATIS! Holen Sie die Glückstüten bei Ihrem Kaufmann!



PREISVERTEILUNG WEIHNACHTEN

Alstaedt im Kreuzverhör

Nach der dritte Verhandlungstag im Lübecker Calmette-Prozess stand im Zeichen der Vernehmung Dr. Alstaedt. Ein Kreuzfeuer von Fragen prasselte auf den Angeklagten.

Rechtsanwalt Dr. Fren wollte wissen, ob Dr. Alstaedt Kenntnis davon gehabt hätte, daß Professor Selter in Bonn die Mäßigkeit des Bazillus Calmette-Guérin für Tiere zwar annehme, daß er dem Calmette-Mittel aber jede immunisierende Wirkung abspreche. Als diese Frage von dem Angeklagten beantwortet wurde, meinte Dr. Fren, ob man in Lübeck etwa menschliche Tuberkel-Bazillen gezüchtet habe, um durch den Bazillus Calmette-Guérin wirksam zu machen. Diese Frage wurde von Dr. Alstaedt, wenn auch zuerst unklar und stumm, verneint.

Der Angeklagte sollte dann darüber auszusagen, ob ihm bekannt gewesen sei, daß in Frankreich nicht nur die Calmette-Mittel, sondern auch das gebrauchsfertige Calmette-Mittel nur im Pasteur-Institut in Paris hergestellt würde. Angeklagte gab zu, dies gewußt zu haben, erklärte jedoch, er meinte nach habe das Laboratorium im Allgemeinen in Lübeck allen Anforderungen genügt. Dr. Alstaedt mußte dann einräumen, daß er gegenüber Senator Klein, dem Deputierten des Lübecker Gesundheitsamtes, im einzelnen die Gegner des Calmette-Verfahrens genannt und er nur ganz allgemein darauf hingewiesen hätte, die gegnerischen Stimmen durch neuere Forschungsergebnisse holt wären.

Nach den Juristen wandten sich die Sachverständigen an Alstaedt. Geheimrat Kollé vom „Institut für experimentelle Therapie“ in Frankfurt a. M., wollte von Alstaedt wissen, ob er sich nicht an sachverständiger Stelle in Deutschland das Calmette-Verfahren erkundigt habe. Diesen Gedanken verneinte Alstaedt, indem er den Angeklagten ließ, ob er sich aus medizinisch-wissenschaftlichen, praktischen Berufsgründen nicht für verpflichtet gehalten habe, sich über an das Reichsgesundheitsamt oder an das Institut Robert Koch oder an das Institut für experimentelle Therapie in Frankfurt am Main zu wenden, um sich über die Methodik der Herstellung und Prüfung solcher Mittel vor dessen Ausgabe zu erkundigen. Der Angeklagte erwiderte, daß er sich auf die Autorität seines Vorgesetzten Professor Dente verlassen habe. Bei Professor Dente habe auch die Kontrollierung des fertigen Impfstoffes stattgefunden.

Professor Hahn vom Hygiene-Institut Berlin forschte nach Gründen, weshalb ausgerechnet in Lübeck das Calmette-Verfahren eingeführt werden sollte. Dr. Alstaedt meinte, daß einer kleinen Stadt wie Lübeck die Verfolgung der Reinkulturschritte leicht sei. Schließlich gab Dr. Alstaedt zu, daß er die Einführung des Calmette-Verfahrens in Lübeck durchaus nicht gemäß vorgegangen sei. Auf die Frage von Professor Hahn, ob er keinen Unterschied zwischen lebenden Bazillen oder einem in Reagenzglas hergestellten Gift mache, sagte der Angeklagte, er mache beim Serum-Impfstoff und beim Bazillen-Impfstoff keinen Unterschied, als eine Prüfung vor der Anwendung bei Menschen erfolgen müsse. Das ist in Lübeck nicht geschehen!

Die Verhandlung geht am Donnerstag weiter.

Matuschka im Verhör

Die auf dem Wiener Polizeipräsidium fortgesetzte Vernehmung des Eisenbahnklienten Matuschka durch Berliner, Wiener und Budapest Beamte ergab, daß Matuschka der Täter ist, wenn nicht der einzige Täter der Eisenbahnklientenkatastrophe von Bia Torbagn ist. Ein wichtiger Beweis ist die unmittelbare Schuld Matuschka ist sein Geständnis, den Tatort aufgefundenen Zettel, der die Verübung einer terroristischen Eisenbahnklientenkatastrophe androht, geschrieben zu haben.

Die Vermutung, daß Matuschka auch an dem Verbrechen von Zückerhagen haupt- oder allein-tätig ist, wird im übrigen nicht nur durch die Angaben des Klienten bestätigt. Inzwischen meldeten sich bei der Berliner Kriminalpolizei zahlreiche Personen, die Matuschka, dessen Bild und die Tat in Berlin gesehen haben. Die für Zückerhagen zuständige Staatsanwaltschaft in Potsdam will zunächst vorläufigen Bericht der nach Wien entandenen Berliner Kriminalkommissare Gennat und Dr. Berndorf abwarten, dann bei der österreichischen Regierung einen Antrag auf Auslieferung des Matuschka stellen lassen.

Ueber die Motive, die Matuschka zu seinem furchterlichen Verbrechen trieben, besteht noch keine volle Klarheit. Nach Aussagen der Frauen, die zu ihm in Beziehungen standen, ist Matuschka ein schwer pathologischer, sadistisch veranlagter Mensch. Es besteht also die Möglichkeit, daß Matuschka durch Missetaten und durch den Anblick ihrer Folgen in pathologische Zustände wie sie etwa den Empfindungen eines Phromanen verfallen, verfiel wurde. Als man Matuschka bei der Vernehmung auf dem Wiener Polizeipräsidium die photographischen Aufnahmen von der Katastrophe bei Bia Torbagn zeigte, geriet er in eine ungeheure Erregung.

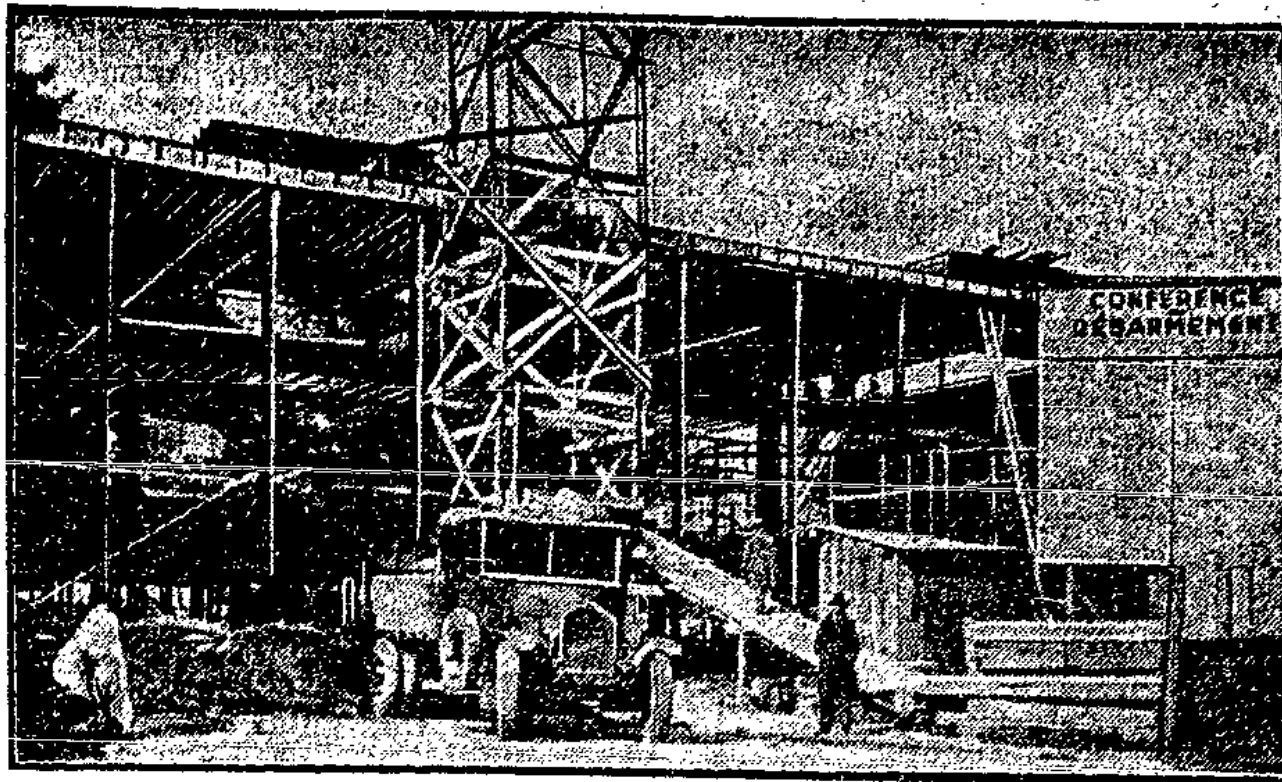
Interessant ist auch, daß Matuschka eine aussergewöhnliche Doppelexistenz geführt hat. In Wien lebte er ein einwandfreies Familienleben — in Budapest trieb er ein wildes Leben mit zahlreichen Frauen herum. Im vergangenen Sommer wurde Matuschka, der durch seine Frömmigkeit bekannt war, für 10.000 Dollar für einen neuen Altar der katholischen Kirche seines Heimatortes. In den letzten Jahren soll er sein ganzes Vermögen verloren haben.

Zur Vernehmung Matuschka



Das Haus des Kaufmanns Silberster Matuschka

Das Gebäude für die Abrüstungskonferenz



Für die Weltabrüstungskonferenz, die im Februar nächsten Jahres in Genf stattfindet, wird ein besonderes Haus gebaut. Von dieser Konferenz wird erwartet, daß die Militärstaaten zu einer Einigung über die Einschränkung der Rüstungen kommen.

Der Sklarek-Prozess

3000 Seiten Anklageschrift

Am Dienstag vormittag begann vor der Strafkammer in Berlin-Moabit unter Leitung von Amtsgerichtsrat Kefner der auf mehrere Monate berechnete Sklarek-Prozess. Als Hauptangeklagte nennt die fünf Bände zu je 600 Seiten umfassende Anklageschrift die Brüder Max, Leo und Willi Sklarek, durch die die Stadt Berlin um etwa zehn Millionen geschädigt worden sein soll. Außerdem sind die Buchhalter Lehmann und Tsch, die früheren Stadträte Gaebel und Degner, die früheren Bürgermeister Schneider und Kohl, die Stadtbauinspektoren Hoffmann und Schmidt, sowie der Diplomkaufmann Luding und Stadtratsrat Sokolowski angeklagt. Das ursprünglich beantragte Verfahren gegen Stadtrat Bende ist eingestellt worden. Das Verfahren gegen den schwerkranken Max Sklarek ist abgetrennt worden. Man muß damit rechnen, daß Max Sklarek, der nur teilweise bei Geisteskräften und nicht verhandlungsfähig ist, das Ende des Prozesses nicht mehr erleben wird.

Die Anklageschrift

Die von drei Staatsanwälten vertretene Anklage wirft den drei Brüdern Sklarek fortgesetzten gemeinschaftlichen Betrug an der Berliner Stadtbank in Verbindung mit Fälschung öffentlicher und privater Urkunden vor, ferner fortgesetzten Betrug an der Dresdner Bank, an der Ostbank, an der Berliner Anschaffungs-Gesellschaft, an der Stadt Berlin und an zahlreichen Lieferanten. Außerdem lautet die Anklage gegen die Brüder Sklarek auf Konkursvergehen durch Verschleierung und Verschleierung von Vermögenswerten, Vernichtung von Handelsbüchern und Verschwendung unmaßiger Summen, auf aktive Bestechung der Angeklagten Schmidt, Hoffmann, Sokolowski, Kohl, Schneider, Gaebel und Degner, die sich gleichfalls entsprechend zu verantworten haben.

Es wird in der Anklageschrift berichtet, wie die Brüder Sklarek es durch Kriegslieferungen in Textilien zu einem gewissen Vermögen brachten; wie sie Geschäftsbeziehungen zur Städtischen Kleidervertriebsgesellschaft und Berliner Anschaffungs-Gesellschaft aufnahmen; wie — durch Nachhilfe mit Bestechungen — die städtischen Bestellungen weit über das Maß des Notwendigen hinausgegangen seien. Die Kleidervertriebsgesellschaft hätte sich finanziell übernommen; zusammen mit der Berliner Anschaffungs-Gesellschaft sei sie dann in den Besitz der Gebrüder Sklarek gelangt. Es ist ferner in der Anklageschrift die Rede von hohen Krediten der Berliner Stadtbank, deren Direktoren Hoffmann und Schmidt bei der Kreditgewährung nicht die notwendige Sorgfalt hätten walten lassen. An Stelle von kaufmännischen Wechselläufen hätten die Brüder Sklarek der Stadtbank Gefälligkeitswechsel ohne realen Hintergrund vorgelegt, die zum größten Teil aus ihrer Verwandtschaft stammten. Auch sei die Stadtbank durch gefälschte Aufträge, die ihr vorgezeigt wurden, getäuscht worden; auf diesen Aufträgen sollen nicht weniger als 218 Unterschriften von Magistratsbeamten gefälscht worden sein.

Vertagungsantrag

Bevor in die Verhandlung eingetreten wird, stellt Rechtsanwalt Dr. Bindar, einer der 16 Verteidiger, den Antrag auf Vertagung der Hauptverhandlung auf eine Woche. Analog den Lübecker Vorgängen gelegentlich der Eröffnung der Calmette-Verhandlung bezweifelt Dr. Bindar die Rechtmäßigkeit des durch die Notverordnung vom 6. Oktober in seiner Zusammensetzung bestimmten Gerichts, das möglicherweise als Ausnahmegericht gelten könne. Es sei denkbar, daß der Reichstag die Notverordnungen wieder aufhebe und damit auch die zur angeklagten Justizvereinsung geschaffene Lex Sklarek. Die Staatsanwälte Bahu und Fupe widerprechen dem Antrag und behaupten die verfassungsmäßige Rechtsgültigkeit der Lex Sklarek. Ebenio nimmt die Staatsanwaltschaft den Standpunkt ein, daß es sich bei der Sklarek-Strafkammer, gleichgültig was der Reichstag jetzt beschließen werde, um kein Ausnahmegericht handle. Nach kurzer Beratung lehnt dann das Gericht den Antrag Dr. Bindars auf Aussetzung der Verhandlung ab.

Der Brüder Werdegang

Leo Sklarek, der als erster vernommen wird, behauptet, daß die Dinge, die ihm zur Last gelegt werden, sich nicht so abgespielt hätten, wie es in der Anklageschrift dargelegt werde. Selbst die biographischen Angaben über seine Eltern würden nur zum Teil stimmen. Sein Vater sei lange vor dem Krieg aus Rußland nach Deutschland eingewandert; ursprünglich wäre er Schneider gewesen; später habe er einen größeren Konfektionsbetrieb geleitet. Leo Sklarek und seine Brüder seien mit vierzehn Jahren in verschiedenen Konfektionsgeschäften in die Lehre gekommen. Er, Leo Sklarek, habe ebenso wenig wie Willi kaufmännische Buchführung gelernt; er sei stets nur ein guter Verkäufer gewesen. Als die Brüder sich später vereinigten, habe Max die Bücher geführt und überhaupt gewissermaßen die kaufmännische Oberleitung gehabt. Leo und Willi Sklarek berichten weiter, daß sie sich mit ihrem Bruder Max nicht gut geteilt hätten; besonders seien sie durch sein großwahnwitziges Wesen und durch seinen gesellschaftlichen Ehr-

geiz geärgert worden. Leo Sklarek meint noch, er habe vor allem Kennsport-Interessen gehabt und wäre später tatsächlich auch der Besitzer eines ausgezeichneten Gestüts geworden.

Soweit Geschäfte mit der Stadt gemacht worden seien, berichtet Leo Sklarek weiter, hätten sich die Brüder stets bemüht, gute Ware zu liefern. So protest es Klinge, die Stadt Berlin würde jetzt teurer und schlechter beliefert als zur Zeit der Sklarek-Monopol-Verträge. Vorsitzender: „Ich habe keinerlei auch einen Anzug durch die Kleiderverwertungsfirma bezogen.“ Leo Sklarek: „War die Ware gut, Herr Vorsitzender?“ (Heiterkeit). Vorsitzender: „Darüber möchte ich Ihnen höchstens nachher in der Pause Auskunft geben.“

Der erste Krach

Zum ersten Zusammenstoß kommt es bei der Vernehmung des Stadtbauinspektors Hoffmann, der heute seine intimen Beziehungen zu den Brüdern Sklarek abstreitet; es habe sich da nur um eine „Geschäftsfreundschaft“ gehandelt. Hoffmann muß aber zugeben, daß er seine geschäftlichen Beziehungen auch in Nachtlokalen und durch seine Frau pflegen ließ; außerdem nahm er Geschenke an. Hoffmann spricht ausgeregt von seiner deutschen Offizierschule und von der Klust, die ihn von Leuten, wie es die Sklareks seien, trenne. Leo und Willi Sklarek sind empört darüber, daß Herr Hoffmann erst jetzt die Klust entdeckt, nachdem er von dieser „Geschäftsfreundschaft“ keinerlei Vorteile mehr habe. Sie deuten an, daß sie noch „auspaden“ werden. Der Vorsitzende hat Mühe, die Verhandlung wieder in ein ruhiges Fahrwasser zu bringen; um drei Uhr vertagt er sie dann auf Donnerstag.

Der Krefelder Abtreibungsprozess

Vor dem Schwurgericht Krefeld begann am Mittwoch der Prozess gegen den 33 Jahre alten Krefelder praktischen Arzt Dr. Herbert Selo. Die Anklage lautet auf gewerbsmäßige Abtreibung und zahlreiche Betrugsfälle zum Schaden der Krankenkasse. Die Verhandlung, zu der mehr als 100 Zeugen und fünf Sachverständige geladen sind, findet unter Ausschluß des Publikums, aber bei Anwesenheit der Presse statt. Der angeklagte Arzt erklärte, daß er die ihm zur Last gelegten Eingriffe nicht aus Gewinnsucht vorgenommen habe, sondern nur, wenn eine medizinische, soziale oder eugenische Notwendigkeit vorlag. Er wäre der Auffassung, daß ein Arzt in Fällen der Not zu helfen habe. Außerdem bestritt der Angeklagte energisch, sich des Betruges schuldig gemacht und von der Krankenkasse mehr als das ihm rechtlich zustehende Honorar verlangt zu haben. Er selbst sei stets der Auffassung gewesen, daß auch von der Krankenkasse die Schwangerschaftsunterbrechung stillschweigend als Heilbehandlung anerkannt und bezahlt werde.

Johannsen in Hamburg

Der Ozeanflieger Christian Johannsen, der zusammen mit den Fliegern Rody und Baiga bei dem Versuch der Ueberquerung des Atlantischen Ozeans auf dem Meere niedergehen mußte und erst nach 188 Stunden von einem Frachtschiff gerettet werden konnte, ist an Bord des Motorschiffes „St. Louis“ im Hamburger Hafen eingetroffen. Rody und Baiga haben das Schiff bereits in Cherbourg verlassen. Johannsen erklärte, daß er eine Wiederholung des Ozeanfluges nach Amerika sobald als möglich vorzunehmen gedenke. Er hoffe, daß ihm von den Junkers-Werken ein schwimmfähiges Landflugzeug zur Verfügung gestellt werde.

Kommunistenverhaftung in Necklinghausen

Der Dynamitanschlag auf Zechen Brastert

In der Morgenfrühe des 2. Oktober war im Zusammenhang mit dem kommunistischen Streik ein Dynamitanschlag auf die Zechenbahn von der Schachtanlage Brastert zur Schichtanlage Auguste Viktoria 1-2 verübt worden. Nach den Ermittlungen der Polizei soll in der betreffenden Nacht eine geheime Besprechung in der Wohnung eines Gruppenführers des kommunistischen Kampfverbandes gegen den Faschismus stattgefunden, und von den dort anwesenden Personen sollen mehrere nach der Besprechung des beabsichtigten Anschlages die Wohnung verlassen haben, ohne daß sie für die Zeit vom Verlassen der Wohnung bis zur Ausführung des Anschlages ein einwandfreies Alibi nachweisen können. 13 Teilnehmer der Besprechung sind festgenommen und vier davon dem Amtsgericht in Dorsten zugeführt worden.

Selbstmord eines Großindustriellen

Der bekannte Großindustrielle Georg Mautner verübte am Dienstag in seiner Wohnung in Prag Selbstmord durch Einatmung von Leuchtgas. Mautner war der Besitzer großer Spinnereien und Webereien, die in letzter Zeit in immer größerer Schwierigkeiten gerieten. Die von Mautner hinterlassenen Schulden gehen in die Millionen.

Drohende Gefahren für die Krankenversicherung

Ein Mahnruf an Partei und Gewerkschaften

Von Dr. K. v. Steine

Die großen politischen Ereignisse und der Notverordnung haben die Parteipolitik in verhängnisvoller Weise von katastrophalen Vorgängen abgelenkt, die am 14. Oktober in Berlin beginnen. Partei und Gewerkschaften sind ahnungslos darüber, daß man einen neuen Anschlag plant gegen die Rechte der Arbeiterschaft, diesmal auf dem Gebiete der Krankenversicherung plant. Die gesamte deutsche sozialistische Presse hat noch nicht in eine Diskussion eingegriffen über eine grundlegende Neuerung der Krankenversicherung, die am 14. Oktober in überstürzter und übereilter Weise in Berlin vor sich gehen soll.

Kurz zusammengefaßt handelt es sich um folgendes: Die Krankenversicherung ist, wie ja die ganze übrige Wirtschaft auch, am Ende ihrer Kräfte. Die Ausgaben für ärztliche Leistungen in der Sozialversicherung betragen bis jetzt ungefähr 20 Prozent der Gesamtausgaben, wurden durch die Notverordnung vom August vorigen Jahres zwar eingeschränkt, übersteigen aber scheinbar immer noch die Leistungsfähigkeit der Krankenkassen. Deshalb wurde durch freiwilliges Abkommen der Ärzte und Krankenkassenverbände das ärztliche Honorar je nach der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen um 10-20 Prozent gesenkt. Wenn es die Notlage der Zeit erfordert, so wäre natürlich gegen eine weitere Senkung nichts einzuwenden.

Die Krankenkassen haben aber jetzt den dringenden Wunsch, ihre Gesamtausgaben für die Ärzte in einen festen Rahmen zu bringen. Um die Ausgaben für Ärzte der wirtschaftlichen Lage anzupassen, hat man sich sowohl von Seiten der Ärzte als auch der Krankenkassen dahin geeinigt, daß das Gesamthonorar der Ärzte in Zukunft einen gewissen Teil der Gesamtgrundsumme, vielleicht 1,2 Prozent, betragen soll. Trotz vieler Nachteile (zum Beispiel ungeheure Überbelastung der Krankenkassen durch Errechnung der Grundsummen usw.) wäre diese Regelung vielleicht noch annehmbar, wenn sie auch manche kleinen Krankenkassen im Vergleich zu früher finanziell erheblich mehr belastet.

Die neue Lösung ist aber für uns als Sozialdemokraten mit ungeheuren politischen Gefahren verbunden. Die Spitzenorganisation der Ärzte, der Hartmannbund, verlangt als Gegenleistung für den Honorarabzug u. a. eine Renopstellung in der Krankenversicherung. Die Krankenkassen werden dem Hartmannbund konzedieren, daß der Hartmannbund als private ärztliche Organisation dieses Geld, das in die Hunderte von Millionen geht, nach Belieben verwalte und den Kranken dafür nach seinem Gutdünken ärztliche Leistungen gewährt und auch solche Ärzte honoriert, die nicht Mitglieder des Hartmannbundes sind.

In Zukunft wird über die Notwendigkeit jeder ärztlichen Behandlung, über Krankenhauseinweisungen, Röntgen-Durchleuchtungen, Bäder usw. nicht mehr Arzt, Vertragsarzt und Krankenkasse, sondern lediglich die Geschäftsleitung des Hartmannbundes bestimmen, wobei natürlich die Gefahr nicht ausgeschlossen ist, daß bei der zu erwartenden enormen Verringerung der ärztlichen Honorare viele Leistungen den Kranken nicht gewährt werden, die ihnen bisher gewährt wurden.

Umgekehrt wird in Zukunft aber die Gefahr bestehen, daß auch berechtigte Wünsche der Patienten unter Umständen nicht erfüllt werden, weil außer der Hartmannbund sehr strenge und schematische Richtlinien zur Krankenbehandlung herausgeben wird, um das Gesamthonorar nicht zu sehr zu verzerren.

Leider überlogt die Krankenkassen in dieser Hinsicht auf die Ärzteorganisationen einen Druck aus, der im Vertrag festgelegt werden wird. — Denn die Kassenspitzenverbände erhalten das Recht, Ausgaben, die durch „unnötige“ Krankenschreibungen und „zu teure“ Rezipitur entstehen (diese Ausgaben sind ja viel höher als die ärztlichen Honorare) der Ärzteorganisation als Vertragsstrafe vom Gesamthonorar abzuziehen und die Ärzteorganisationen erhalten das Recht, nach Gutdünken diese Strafen weiter auf ihre Mitglieder umzulegen.

In dem kommenden Vertrage wird also den Ärzten, wenn auch verheimlicht, zur Pflicht gemacht, ihren Patienten möglichst wenig zu verordnen und die Krankenschreibung nach Möglichkeit einzuschränken. Natürlich ist das berechtigt, soweit es sich um Unnötigkeiten handelt. Wer aber wird in Zukunft die feine Grenze zwischen Notwendigem und Nichtnotwendigem ziehen? Werden nicht mangels jeder Sanktionsinstanz unter dem Druck des allmächtigen Geldes auch oft berechtigte Wünsche von Kranken abgelehnt werden müssen, ohne daß die Kranken sich dagegen wehren können? — Schredlich wird die Lage desjenigen Arztes sein, der mit dem Proletariat fühlt, der aber bei jeder ärztlichen Maßnahme sich erst auszurechnen haben wird, ob die Geldstrafe, die er für sein energisches ärztliches Handeln etwa zu bezahlen haben wird, in Einklang steht mit seinen mageren Einkünften. Es besteht, kurz gesagt, die tiefste Gefahr, daß die Geldgier der Krankenkassen und die beginnende Not des Arztstandes auf dem Rücken des Proletariats ausgetragen wird, und daß die sich anbahnende Einigung von Ärzten und Krankenkassen auf Kosten der Arbeiterschaft geht. Für die Krankenkassen würde eine derartige Regelung außerdem eine empfindliche Einschränkung ihrer Selbstverwaltung bedeuten. Denn ob der neue Vertrag durch Notverordnung oder sonst irgendwie Geleitet wird — es ist auf keinen Fall beabsichtigt, den Kassenspitzen die Möglichkeit zu geben, sich dazu maßgebend zu äußern.

Dazu kommt für uns Sozialdemokraten die bittere Tatsache, daß der Hartmannbund in erster Linie von politisch rechtsradikalen Persönlichkeiten geführt wird. (Wie zum Beispiel in Schlesien.) Der größte Teil der führenden Funktionäre des Hartmannbundes gehören den Parteien der „nationalen Opposition“ an, die jetzt in Harzburg unter Führung Hitlers, Hugenburgs und Selbts dem Staat, dem Volk und besonders der Arbeiterschaft den Krieg erklärt haben. Es wird jeden Klassenbewußten Sozialdemokraten mit tiefer Belorgnis erfüllen, daß man einem derartig geführten Verbande das gesundheitliche Wohl von Millionen von Arbeitern und Sozialisten bedingungslos und ohne jede Rücksicht von Seiten der Arbeiterschaft in die Hand gibt.

An und für sich könnte man eine derartige Lösung wie sie jetzt getroffen werden soll, begrüßen, und darin einen Anfang zur Sozialisierung des Heilwesens erblicken. Dazu wäre aber nötig, daß eine derartige Lösung getroffen würde in wirtschaftlich ruhigen Zeiten und nicht in der Zeit unübersehbarer Verhältnisse, zumal beabsichtigt ist, diese Lösung als Dauerlösung gesetzlich einzuführen. Ferner wäre dazu nötig, daß derartige Maßnahmen nicht ausschließlich in die Hände politischer Gegner gelegt werden. Denn unter diesen Umständen mühen wir befürchten, daß die so dringend notwendige Sozialisierung des Heilwesens für Jahre und Jahrzehnte verbart wird. Dagegen zu kämpfen ist höchste sozialistische Pflicht der Partei und ihrer treuen Mitglieder.

Gerade wegen der Unübersichtlichkeit der Zeiten halten ernste sozialistische Sachkenner der Krankenversicherung es für notwendig, nicht jetzt eine Dauerlösung anzuhängen, sondern der Not der Krankenkassen durch einen neuerlichen — wenn auch erheblichen — Abzug von der Gebührenerordnung Rechnung zu tragen.

Wir fordern deshalb die sozialdemokratischen Fraktionen auf, den neuen Vertrag zwischen Ärzten und Krankenkassen einer gründlichen Prüfung zu unterziehen, bevor er abgeschlossen wird. Ihn zu verhandeln — wenn er Bestimmungen enthält, die die Arbeiterschaft unentgeltlich belasten. Besonders die sozialistischen Ärzte werden

sich dagegen wehren, zu Vollzugsbeamten des zusammenbrechenden Kapitalismus herabgewürdigt zu werden. Die Parlamente werden besonders darauf zu achten haben, daß den Instanzen der Sozialversicherung ein Aufstichtrecht über die Durchführung so weitgehender Maßnahmen gesichert bleibt. Es spinnen sich hier Dinge in der Verschwiegenheit von Verhandlungszimmern ab, die wir hier nicht verheimlichen können, die zu kontrollieren die gesamte proletarische Öffentlichkeit aber ein Recht und eine Pflicht hat. Denn die Gelder, über die hier verfügt wird, sind

hauptsächlich Gelder des arbeitenden und darlehenden Volkes bei den Verhandlungen beteiligten parteigenösslichen Kassenspitzenverbänden wird schließlich mit aller Deutlichkeit in Erinnerung gebracht werden müssen, daß sie auch als Kassenspitzenverbände und verantwortliche Beauftragte des arbeitenden Volkes sind. Lösungen, die dem Wohle der Arbeiterschaft nicht gerecht werden — sind für uns unannehmbar und von den Massen heraus mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden.

Keine Reichsarbeitslosenfürsorge

Der Vorschlag der Gewerkschaften wird nicht weiter geprüft

Der Vorschlag der Gewerkschaften, durch Schaffung einer Reichsarbeitslosenfürsorge eine bessere und billigere Betreuung der Arbeitslosen zu schaffen, ist von der Reichsregierung, wie man nunmehr feststellen muß, endgültig beiseite geschoben worden. Man muß das bedauern, wenn auch der augenpolitisch Grund, den die Regierung für die Ablehnung des Gewerkschaftsvorschlages neuerdings ins Treffen führte, vielleicht nicht ganz unbedeutend erscheint. Es ist möglich, daß das Ausland die Schaffung einer Reichsarbeitslosenfürsorge als eine neue Belastung des Reiches aufgefaßt hätte. Wie dem aber auch sein mag: die Ablehnung des Gewerkschaftsvorschlages bleibt unerfreulich. Der Haupteffekt der Ablehnung ist eine neue Belastung der Gemeinden.

Die Verfüzung der Unterstühtungsbeur in den Arbeitslosenversicherung bedeutet eine weitere Vermehrung der Unterstühtungskosten der Gemeinden; denn sie sind ja zur Krisenunterstühtung mit einem Fünftel — das Reich zahlt vier Fünftel — herangezogen. Dazu kommt, daß ein großer Teil der Arbeiter heute gar nicht mehr die Anwartschaft für die Arbeitslosenversicherung erfüllen kann und infolgedessen gleich zur Wohlfahrt abwandert. Früher betreute die Krisenfürsorge zwei Gruppen: die aus der Versicherung Ausgesteuerten und dann die Arbeits-

losen, die nur 13 Wochen Anwartschaft erfüllen konnten. So Herbst des vergangenen Jahres kommen nur noch die gesteuerten der Versicherung in die Krisenfürsorge.

Bedauerlich ist auch der in der Krisenfürsorge für Stück vorgenommene Unterstühtungsaufbau beträgt insgesamt für die Zeit seit der Schaffung der Arbeitslosenversicherung rund 25 Prozent. Kein Wunder, wenn Krisenfälle vielfach unter die Unterstühtung der Wohlfahrt untergefallen sind. In der Krisenfürsorge ist eine Herabsetzung der Unterstühtungsgruppen, dann eine Senkung der Sätze neuerdings noch eine indirekte Senkung des Lohns eingetreten. Die Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge dagegen ihre Unterstühtungssätze von vornherein nicht vom Lohn, sondern vom Existenzminimum und der Finanzlage der Gemeinden abhängig gemacht.

Schlüssig ist schließlich auch die noch immer bestehende Unvollständigkeit des Unterstühtungskreises der Krisenfürsorge. In Orten unter 10000 Einwohner liegt die Einbeziehung im Hand der Präsidenten der Landesarbeitsämter. Damit ist zu einem gewissen Grade der Willkür Tür und Tor geöffnet.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion kann bei Anträgen an diesen Mischständen nicht vorübergehen.

Die Metallarbeiter 1930

Der DMB widersteht erfolgreich der Krise

Soeben erschien das Jahrbuch des Deutschen Metallarbeiterverbandes für 1930. Dreißig Druckbogen stark, informiert es in übersichtlicher und bündiger Darstellung nicht nur über die vielseitige Verbandstätigkeit, sondern darüber hinaus über alle wichtigen Ereignisse und Probleme auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet. Kapitalbildung und Kapitalflucht, Handelspolitik, Sozialpolitik, Warenpreisbewegung und Preisabbau werden einer ebenso gründlichen Darstellung unterzogen wie die Konzentration in der Eisen- und Metallindustrie mit ihrer Kartell- und Syndikatsbildung. Besonders eingehend wird die Lage der eisenhaltenden Industrie an Hand der Unterstühtungen des Enqueteausschusses dargestellt und nachgewiesen, daß

der Lohn- und Gehaltsanteil am Wert des Produkts in der eisenhaltenden Industrie für 1929 nur 16,2 Prozent betrug.

Dieser Abschnitt ist besonders wertvoll. Mit durchschlagendem Material werden die übertriebenen Behauptungen der Unternehmerpreise über die angeblich vollwirtschaftlich ungünstige Auswirkung hoher Löhne auf Geschäftskosten und Wettbewerbsfähigkeit wichtiger Industriezweige treffend widerlegt. Gestützt werden die Feststellungen des DMB, unbeeinträchtigt auch durch eine Untersuchung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, der für 20 Unternehmungen der Eisen- und Metallgewinnung den Anteil der Arbeiterlöhne für 1927 mit 18,75 Prozent ermittelte. Also nur eine geringe Differenz zwischen beiden Feststellungen, die sich für die Unterstühtung des Reichsverbandes aus der geringen Anzahl der in die Darstellung einbezogenen Unternehmungen und aus dem Zeitabstand erklärt. Aus beiden Feststellungen geht also deutlich hervor, daß der Lohnhöhe nicht die überragende Bedeutung zukommt, die ihr die Unternehmer für die Höhe der Selbstkosten beimessen.

Die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen stand 1930 bereits fest

im Zeichen der Abwehr.

Von den insgesamt durchgeführten 518 Bewegungen mit 956 845 Beteiligten galten 296 der Bewegungen mit 606 288 Beteiligten der Abwehr von Verschlechterungen. Erreicht wurde neben anderem eine Lohnerhöhung für 12 119 Beteiligte mit durchschnittlich 2,48 Mark pro Woche; eine Arbeitszeitverkürzung für 27 652 Beteiligte mit durchschnittlich 1,28 Stunden pro Woche. Der von den Unternehmern beabsichtigte Lohnabbau wurde für 350 970 Beteiligte mit durchschnittlich 3,27 Mark pro Woche abgewehrt.

Zusammengefaßt: 413 = 79,3 Prozent der Bewegungen mit 672 900 = 74,79 Prozent der Beteiligten mit vollem oder teilweise erfolgreich.

Die Arbeitsbedingungen betrafen 15 Angriffstreiks mit 1573 Beteiligten, 94 Abwehrstreiks mit 173 385 Beteiligten, 22 Ausperrungen mit 11 531 Beteiligten, zusammen 131 Streiks oder Ausperrungen mit 186 459 Beteiligten. Der Stand der Tarifverträge betrug 914 Tarife mit 38 918 Betrieben und 1 570 082 Arbeitern. Die Tarifverträge sind durch ihn gebundenen Tariflohn von 80,5 Pf. pro Stunde, im Durchschnitt von 32 Groß- und Mittelbetrieben Ende Juli 1931, gilt der erneute scharfe Angriff der Metallindustriellen durch die Kündigung der zur Zeit fällbaren Tarifverträge. Ein triftiger Grund für die Arbeiter mehr, zur Abwehr einmütig zusammenzutreten und allen Spaltiern von rechts und von links die wohlverdiente Abfuhr zu geben.

Die schon 1930 einsetzende scharfe Wirtschaftskrise ging auch am Mitgliederbestand des DMB nicht spurlos vorüber. Trotzdem hat sich der Verband ausgezeichnet gehalten.

Die Mitgliederzahl ging von 965 443 Ende 1929 auf 940 578 Ende 1930, also nur um 24 865 = 2,6 Prozent zurück.

Der Rückgang ist ungleich niedriger als der Rückgang in der Zahl der Beschäftigten.

Außerordentlich leistungsfähig leitete der Verband aus der Haupt- und den Notfällen an Unterstühtungen. Es wurden gezahlt an arbeitslose Mitglieder 30 993 654 Mk., an frante Mitglieder 6 936 557 Mk., an reisende Mitglieder 817 037 Mk., an reisende Mitglieder 217 482 Mk. Zusammen mit Umzugsunterstühtung, Sterbebeihilfe und der erst eingeführten Invalidenunterstühtung beträgt der Gesamtaufwand an persönlichen Unterstühtungen

rund 40 Millionen Mark.

Für Streiks und Ausperrungen wurden außerdem 4 234 043 Mark aufgewandt. Die Förderung der Weiterbildung seiner Mitglieder, der der DMB stets seine besondere Aufmerksamkeit schenkte, erforderte für die Zeitschriften des Ver-

bandes: „Metallarbeiter-Zeitung“, „Metallarbeiter-Jugend“, „Arbeiter-Zeitung“, „Metallarbeiter-Jugend“, „Metallarbeiter-Zeitung“ und für den Aufwand der Bildungskurse an seiner Wirtschaftsschule insgesamt 2 036 852 Mark.

Alle diese Leistungen, namentlich aber seine Tätigkeit dem Gebiet der Lohn- und Arbeitszeitgestaltung, sowie weiteren Ausbau der Vertretung und Mitwirkung der Arbeiter in den Betrieben selbst und in der Gestaltung der Gesamtwirtschaft würden ungleich größer sein, wenn ein immer größerer Anteil an geistigen Kräften und materiellen Mitteln zur Stärkung der Angriffe auf die Gewerkschaften aus der Wirtschaft selbst angewandt werden müßte. An dem Tag, an dem Arbeiter einsehen, daß sie durch Verharren in der Sonder- und durch weitere Abplitterungen nur die Geschäfte ihrer Arbeitgeber betreffen, wird es aus sein mit der Herrschaft der kapitalistischen und politischen Reaktion in Deutschland.

Streik bei den Firmen Linke-Hofmann-Werke, Meinede, J. W. Hofmann in Braunschweig

Die Belegschaft der Linke-Hofmann-Werkzeuge hat seit dem 9. Oktober 1931 passive Resistenz geübt und befindet sich gestern im Streik. Die Belegschaften der Firmen Meinede, J. W. Hofmann streikten seit dem heutigen Tage. Die Ursache des Streiks sind Abforderungen bis durchschnittlich 30 Prozent bei den Lohnarbeitern betragen die Abzüge 7 bis 14 Prozent pro Stunde. Verhandlungen der Betriebsräte mit den genannten Firmen waren erfolglos. Die Metallindustriellen harrten nach wie vor auf den geplanten Abzügen. Auch Verhandlungen der Gewerkschaften mit den Metallindustriellen liefen ebenfalls ergebnislos. Die Arbeitgeber stehen auf dem Standpunkt, daß die Löhne und Akkorde in der Braunschweiger Metallindustrie zu hoch seien. Außer den jetzt erfolgten und Abforderungen sollen Ende Oktober bei den offiziellen Verhandlungen zwecks Abschluß eines neuen Lohn- und Akkordvertrages vorgenommen werden. In drei vorgenannten Betrieben wurde eine Urabstimmung genommen, deren Ergebnis fast hundertprozentig gegen Verschlechterungen war.

Wir bitten die organisierte Arbeiterschaft um weitestgehende Unterstützung dieser Streiks und arbeiterfreundliche Blätter Aufnahme dieser Notiz.

Die deutsch-französische Wirtschaftskommission

Französischer Gewerkschaftsbund sagt seine Mitarbeit ab

Der Verwaltungsausschuß des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (C.G.T.) hat in einer am Dienstag abgehaltenen Sitzung die Einladung der französischen Regierung, an den deutsch-französischen Wirtschaftskommission teilzunehmen, abgelehnt. „Da im Hinblick auf die Weltwirtschaftskrise alle internationalen Rahmen eingeleiteten Verhandlungen nur Weg der Wiederannäherung zwischen den Völkern ebnet, ohne die die erforderlichen internationalen Lösungen nicht zu führen sind.“ Der Ausschuß hat Jouhaux und Chevallier auftragt, die C.G.T. in der Kommission zu vertreten und Grundlinien des Programms, das sie verteidigen sollen, die Haltung festgelegt, die sie in Übereinstimmung mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund unter Obhut der Gewerkschaften international zu beobachten haben.

Die Vertreter der französischen Wirtschaft und Arbeiter der Kommission werden am Mittwoch ernannt werden. Donnerstag tritt die französische Delegation zu ihrer Sitzung zusammen. Der französische Botschafter in Paris, Francois Poncet, der sich zurzeit in Paris aufhält, wird die Sitzung beiseite. Am Dienstag hatte Ministerpräsident Laval eine Unterredung mit dem Botschafter, um sich von ihm über die Lage in Deutschland und die Harzburger Rundgebung informieren zu lassen.

Berücksichtigt beim Einkauf unsere Inserent